

Institut für Soziologie der Universität Leipzig

Jenny Preunkert

Georg Vobruba

Die Eurokrise

Konsequenzen der defizitären Institutionalisierung
der gemeinsamen Währung

Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie

Nr. 57 (November 2011)

Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig

Die *Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie* erscheinen in unregelmäßiger Reihenfolge. Bisher erschienene Berichte können unter folgender Adresse angefordert werden. Eine Liste der bisher erschienenen Berichte findet sich am Ende jedes Arbeitsberichts und im Internet unter unten angegebener Adresse. Dort ist auch ein Großteil der Arbeitsberichte direkt online verfügbar. Für die Inhalte sind allein die jeweiligen Autoren verantwortlich.

Redaktion: Dr. Ivar Krumpal

Kontakt Institut für Soziologie
Universität Leipzig
Beethovenstr. 15
04107 Leipzig

Tel +49 (0) 341 9735 693 (Ivar Krumpal)
640 (Sekretariat Fr. Müller)
Fax +49 (0) 341 9735 669

email: krumpal@sozio.uni-leipzig.de

net: http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte_berichte.php

Zusammenfassung

Ziel des Artikels ist, die Entwicklung der Eurokrise im Spannungsfeld von Institutionen und Handeln zu erklären. Dazu rekonstruieren wir im ersten Schritt die Krise in zwei Perspektiven, zum einen als Verkettung ökonomischer und politischer Funktionszusammenhänge, zum anderen als Arena von Verteilungskonflikten. Darauf aufbauend analysieren wir den Verlauf der Eurokrise, den wir in fünf Phasen unterteilen. Im Zentrum stehen dabei folgende Fragen: 1. Welche Akteure werden jeweils in die Problemkonstellation „Eurokrise“ hineingezogen? 2. Welche Relevanz haben die unterschiedlichen Akteure für das Funktionieren der gemeinsamen Währung und wie setzen sie diese Relevanz in den Verteilungskonflikten, die sich aus der Eurokrise ergeben, ein? Es geht also um die Entwicklung der Akteurskonstellation im Zuge der Eurokrise und um die Funktionsrelevanz dieser Akteure als Handlungsressource in den Konflikten um die Verteilung der Kosten der Krise. Im dritten Schritt der Untersuchung fassen wir unsere empirische Rekonstruktion der Eurokrise zusammen. Unser Fazit ist, dass die Eurokrise die defizitäre Institutionalisierung der gemeinsamen Währung manifest macht. Weiter gehende Regulierung, also zusätzliche Institutionenbildung steht aber vor dem schwierig auflösbaren Widerspruch zwischen funktionalen Erfordernissen und Interessen, bzw. zwischen Erwartungsstabilisierung und Interessenverfolgung.

I. Krise?¹

Unter dem Stichwort „Eurokrise“ untersuchen wir die Instabilität der gemeinsamen europäischen Währung in ihrer gegenwärtigen institutionellen Verfassung. Diese Orientierung der Analyse beruht auf zwei Theorieentscheidungen, die explizit gemacht werden müssen. Dabei geht es erstens um den soziologischen Begriff „Krise“ und zweitens um das Verständnis von „Währung“ als Institution.

(1.) Einerseits hat die inflationäre Verwendung des Krisenbegriffs zu Zweifeln an seiner analytischen Brauchbarkeit geführt (Luhmann 1981: 59, 145). Andererseits ist der Begriff zentral für praktische Gesellschaftsdiagnosen, in denen die Soziologie zwar nicht aufgeht, zu denen sie aber Anschluss halten muss (Schütz 1971; Balog 2006, Preunkert 2011) Wir schlagen vor, von „Krise“ als einer von Akteuren wahrgenommenen Entscheidungssituation für Institutionen unter Problemdruck zu sprechen. Das bedeutet, dass mit dem Begriff „Krise“ nicht nur institutionelle Problemkonstellationen sondern ebenso deren Beobachtungen und Interpretationen durch die relevanten Akteure erfasst werden. „Erst wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch *erfahren* und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krisen sprechen.“ (Habermas 1973: 12, Hervorhebung im Original). Konzipiert man Krisen als Entscheidungssituationen für Institutionen, so kommt es auf das Verhältnis zwischen den Institutionen und dem Handeln an, das sich aus Akteursbeobachtungen und -interpretationen institutioneller Zustände ergibt. Ein soziologischer Begriff von Krise muss also so angelegt sein, dass er Beobachtungen zweiter Ordnung ermöglicht (Vobruba 2009). Gegenstand der Soziologie sind Krisen als in der Praxis bereits interpretierte Sachverhalte (Bohmann, Vobruba 1992). Das schließt die praktischen Interpretationskämpfe um die Frage, ob und in welchem Sinn es sich um eine Krise handelt, mit ein.

(2.) Die Unterscheidung zwischen dem Medium „Geld“ und der Institution „Währung“ ist für unsere Untersuchung konstitutiv. Dass es sich bei den gegenwärtigen Problemen des Euro um keine Krise handle, wird fallweise betont und mit Hinweisen darauf begründet, dass seine Basisfunktionen als Geld – Tauschmittel und Medium der Wertaufbewahrung - intakt seien. Tatsächlich funktioniert der Zahlungsverkehr, und der Außenwert des Euro ist weitgehend

¹ Dieser Beitrag wird erscheinen in Kraemer, Klaus und Nessel, Sebastian (Hg.) (2012). Entfesselte Finanzmärkte. Soziologische Analysen des modernen Kapitalismus, Frankfurt/M.: Campus.

stabil. Solche Diagnosen mögen als Beruhigung ihren praktischen Wert haben, verdanken sich aber einer verkürzten Perspektive auf den Euro. Diese lenkt die Aufmerksamkeit ausschließlich auf das Geldmedium, verfehlt jedoch die Qualität der gemeinsamen Währung als Institution. Entscheidend für die gemeinsame europäische Währung als Institution sind zum einen ihre spezifischen Organisationsbedingungen: eine Zentralbank aber keine gemeinsame Finanzpolitik, und zum anderen ihr Geltungsbereich: ein Währungsraum mit 17 Mitgliedsländern und weiteren Passivteilnehmern. Die institutionellen Elemente des Euro konstituieren zum einen spezifische Funktionszusammenhänge, und daraus wechselseitige Abhängigkeiten mit politischen Verhandlungs- und Kooperationszwängen als Folge; zum anderen stellen sie die Referenz für die Rede von der „Krise“ dar: Die gemeinsame Währung ist dann in einer Krise, wenn wesentliche ihrer Charakteristika zur Disposition stehen.

Richtet man mit diesem Verständnis von Krise den Blick auf die genannten konstitutiven Elemente der gemeinsamen Währung als Institution, so sieht man, dass sie gegenwärtig auf der Kippe steht. Wir sprechen darum von einer Eurokrise in dem folgenden Sinn:

(1.) Die Institution „gemeinsame Währung“ ist mit mehr Problemen konfrontiert, als sie auf Grundlage ihrer gegebenen Funktionsweise bewältigen kann. Es ist eine praktisch offene Frage, ob die Eurozone in ihrer gegenwärtigen Ausdehnung einheitlich (also ohne Wechselkursmechanismus) bestehen bleibt. Und es ist fraglich, ob die sich daraus ergebenden politischen Kooperationsnotwendigkeiten die erforderliche soziale Akzeptanz finden (Fligstein 2009).

(2.) Handlungsleitende Interpretation der relevanten Akteure ist, dass diese Probleme den Bestand der Institution „gemeinsame Währung“ gefährden, dass überspringende Folgen für das europäische Integrationsprojekt insgesamt nicht auszuschließen sind, und dass die „Krise des Euro“ (The Economist 18-24. Juni 2011: 29) unter hohem Zeitdruck bewältigt werden muss.

Das Ziel unserer Untersuchung ist, die Entwicklung der Eurokrise im Spannungsfeld von Institutionen und Handeln zu erklären. Dazu rekonstruieren wir im ersten Schritt die Krise in zwei Perspektiven, zum einen als Verkettung ökonomischer und politischer Funktionszusammenhänge, zum anderen als Arena von Verteilungskonflikten. Dann verbinden wir diese zwei Perspektiven.

In diesem Rahmen werden wir im zweiten Schritt die Entwicklung der Eurokrise in fünf

Phasen untersuchen. Wir befassen uns dabei mit Fragen nach Entwicklungen auf zwei Ebenen: 1. Welche Akteure werden jeweils in die Problemkonstellation „Eurokrise“ hineingezogen? 2. Welche Relevanz haben die unterschiedlichen Akteure für das Funktionieren der gemeinsamen Währung und wie setzen sie diese Relevanz in den Verteilungskonflikten, die sich aus der Eurokrise ergeben, ein? Es geht also um die Entwicklung der Akteurskonstellation im Zuge der Eurokrise und um die Funktionsrelevanz dieser Akteure als Handlungsressource in den Konflikten um die Verteilung der Kosten der Krise.

Im dritten Schritt der Untersuchung werden wir unsere empirische Rekonstruktion der Eurokrise auf das folgende Ergebnis hin zuspitzen: Die Eurokrise macht die defizitäre Institutionalisierung der gemeinsamen Währung manifest, insbesondere ein Defizit an Verteilungs(konflikt)regelungen. Weiter gehende Regulierung, also zusätzliche Institutionenbildung steht aber vor dem schwierig auflösbaren Widerspruch zwischen funktionalen Erfordernissen und Interessen, bzw. zwischen Erwartungsstabilisierung und Interessenverfolgung.

II. Ein institutionen- und handlungstheoretischer Rahmen

Im Folgenden entwickeln wir einen Theorierahmen, mit dem wir die drei entscheidenden Komponenten für die Entwicklung der Problemkonstellation des EURO erfassen. Erstens analysieren wir, welche Funktionszusammenhänge der EURO konstituiert. Wir verstehen darunter die wechselseitigen Abhängigkeiten von Institutionen in ihren Bestands- und Reproduktionsbedingungen. Auch solche Funktionszusammenhänge erfassen wir im Sinne von Beobachtungen zweiter Ordnung: Sie wirken nicht per se, sondern in dem Maße, in dem sie von Akteuren beobachtet und als soziale Tatsachen interpretiert werden. Funktionszusammenhänge werden also als handlungsleitende Beobachtungen und Interpretationen der beteiligten Akteure relevant und zum Gegenstand soziologischer Beobachtung (Vobruba 1992). Zweitens untersuchen wir die gemeinsame Währung als von Institutionen definierte Gelegenheitsstruktur für die Verfolgung von Einkommensinteressen. Dabei handelt es sich um Interessen, auf deren Verfolgung die Akteure strukturell festgelegt sind. Das heißt: Die beteiligten Akteure sind bei Strafe der Beschädigung ihrer Institutionen auf die Verfolgung dieser Interessen angewiesen. Es ist diese strukturelle Festlegung der Interessenverfolgung, die Funktions- und Verteilungsperspektive verbindbar macht. Auf

diese Weise können wir – drittens – zeigen, in welcher Weise das Akteurswissen um Funktionszusammenhänge wirksam und von den Akteuren selbst strategisch eingesetzt wird; in welcher Weise also Funktionszusammenhänge zu Ressourcen in Verteilungskonflikten werden.

II.1. Die gemeinsame Währung als Konstitution eines Funktionszusammenhangs

Bereits im Vorlauf zur europäischen Währungsunion kam es in den späteren Mitgliedsländern für öffentliche und private Verschuldung zu einer deutlichen Angleichung der Zinssätze auf niedrigem Niveau (Spahn 2010: 416). Die Zinskonvergenz in der Eurozone hielt bis zum Beginn der internationalen Finanzkrise 2008ff (SVR 2010). Die minimalen Unterschiede der Zinsen, die Gläubiger von den Euroländern forderten, zeigt, dass sie den EURO tatsächlich als *eine* Währung und die Eurozone als *einen* Währungsraum akzeptiert hatten. Im Lichte der gegenwärtigen Eurokrise ist dabei entscheidend, dass seit der Institutionalisierung der gemeinsamen Währung die Zinsen, die Länder wie Griechenland, Italien oder Portugal für Kapitalmarktkredite zahlen mussten, kaum höher waren als die Zinsen, die Deutschland, Österreich oder Luxemburg zu tragen hatten.

Das einheitliche Zinsniveau überspielte die Funktionsprobleme eines einheitlichen Währungsraumes mit großen Unterschieden der ökonomischen Leistungsfähigkeit einzelner nationaler Ökonomien, und insbesondere die Auseinanderentwicklung der Lohnstückkosten mit dramatischen Folgen für die intraeuropäische Wettbewerbsfähigkeit (Spahn 2010: 418), die mangels Wechselkursmechanismus nicht abgefangen werden konnten. Zugleich wurden politische Ausgleichsnotwendigkeiten auf Grund des billigen Geldangebots, das via Staatsverschuldung oder über Mutter-Tochter-Bankbeziehungen in die Peripherieländer der Eurozone gelangte, nicht wahrgenommen. Im Ergebnis entwickelten sich in einzelnen Peripherieländern der Eurozone monetäre Verteilungsspielräume, welche deren reale Wirtschaftskraft weit überstiegen. Man kann über die Gründe für die bemerkenswerte Zinskonvergenz nur spekulieren: Eine mögliche Ursache ist, dass die Gläubiger die quasi offizielle politische Erwartung geteilt haben, dass die monetäre Integration zu einer Angleichung der realwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Mitgliedsländer führen, dass sich also die Bonität der schwachen Mitgliedsländer verbessern werde. Als die andere Möglichkeit ist denkbar, dass die Gläubiger – der „non-bail-out-clause“ des Vertrages zum Trotz - immer schon von de facto-Garantien der wirtschaftlich starken EURO-Länder für die Schulden der schwachen ausgegangen sind. Wie auch immer. Jedenfalls kommt in der

Zinskonvergenz zum Ausdruck, dass die Gläubiger (annähernd) gleiches Vertrauen in die Rückzahlungsversprechen aller EURO-Mitglieder als Schuldner hatten.

Das gestiegene Risikobewusstsein, das mit dem Ausbruch der Finanzkrise einsetzte, änderte dies grundlegend. Die Zinsen für Staatsanleihen einzelner Länder der Eurozone entwickelten sich rasch auseinander. Damit wurden Funktionszusammenhänge, die in der Institution der gemeinsamen Währung bereits angelegt aber bisher weitgehend latent geblieben waren, manifest. Man kann sich die Wirkungen dieser Funktionszusammenhänge in zwei Dimensionen vorstellen, in die *Tiefe* und in die *Breite*.

Seit dem Beginn der Finanzkrise mussten die Staatsgläubiger versuchen, ihre Positionen mit immer höheren Risikoaufschlägen abzusichern. Von diesem Ereignis ging die Entwicklung längeren Ursache-Wirkungsketten in die *Tiefe* aus. Dominant wurden defensive Gläubigerstrategien zwecks Verteidigung ihrer Bestandsbedingungen. Dies führte zum Einfrieren der Kapital- und Interbankenmärkte und wurde unmittelbar zum Problem der Hauptschuldnerländer. Sie gerieten in eine Zins-Schuldenstand-Spirale. Zugleich hatte die Strategie individueller Bestandssicherung der Gläubigerbanken ihre kollektive Selbstgefährdung zur Folge. Prekäre Gläubigerpositionen, defensive Strategien und kollektive Selbstgefährdung der Banken wiederum wurden zu einem Problem für die Realwirtschaft und damit für die ökonomisch leistungsstarken Mitgliedsländer im EU-Kern. Sie mussten nun in die Bestandsbedingungen von Banken als Staatsgläubiger investieren, einerseits durch direkte Stützungen (Irland), andererseits durch Stärkung der Schuldner zwecks Entlastung der Gläubiger (Griechenland). Die Bestandsbedingungen der Gläubigerbanken wurden in dem Maße zum Gegenstand politischer Handlungsstrategien, in dem ihnen „Systemrelevanz“ zugeschrieben wurde. Diese Formel fasst die Abhängigkeit von Staaten vom Funktionieren der Ökonomie (Przeworski, Wallerstein 1988). Um solche in die *Tiefe* gehenden Entwicklungen zu erklären, bedarf es keineswegs einflussstheoretischer Annahmen des Typs marxistischer Elitentheorien (Miliband 1969). Nicht irgendeine politische Neigung, den Interessen von Kapitaleignern zu Diensten zu sein, sondern das „Interesse der Staaten an sich selbst“ (Offe 1975; Vobruba 1983) disponiert die Politik der Mitgliedsländer der Eurozone zur Förderung von ökonomischen Funktionszusammenhängen in der Eurokrise.

Zugleich entwickelten sich in der Krise Ursache-Wirkungsketten in die *Breite*. Dies wird zum einen durch Beispielwirkungen verursacht. Sensibel gewordene Gläubiger generalisieren, verstärkt durch die Interpretationen der Ratingagenturen, ihre Risikovermutungen. Zum

anderen ist die Breitenwirkung der Eurokrise in der transnationalen Vernetzung der nationalen Ökonomien angelegt. Regionales Überspringen von Krisentendenzen ergibt sich über die Außenhandelsbeziehungen aus Nachfrageausfällen und durch transnationale Eigentümerstrukturen. Schließlich gerieten durch das Wahrnehmen ihrer faktischen Garantiefunktionen mehrere Staaten selbst in Schwierigkeiten, deren Folgen wiederum als Bestandsprobleme der Eurozone insgesamt interpretiert wurden und zum Gegenstand von Interventionsversuchen werden mussten. Solche Zusammenhänge werden als die Akteursdeutung "Ansteckungsgefahr" politisch handlungsleitend.

II.2. Die gemeinsame Währung als Gelegenheitsstruktur für die Verfolgung von Interessen

Die Einführung der gemeinsamen Währung wurde von Anfang an mit permanenten Hinweisen auf ihre vielfältigen Vorteile verbunden (z.B. Rhodes 2003). Insbesondere wurde hervorgehoben, dass der Wegfall vielfältiger Formen von Transaktionskosten zahlreichen Interessen dient. Im Schatten dieser umfassenden Positiv-Summen-Interpretationen blieb, dass die unterschiedlichen Ökonomien unterschiedliche Risiken für Gläubiger implizieren und dass also die Gläubiger ihre Ertragschancen überschätzen. Mit der Einführung des EURO fand de facto eine markante Verschiebung der Gelegenheitsstruktur für die Verfolgung der Einkommensinteressen der Eigentümer von Staatsanleihen der Euro-Mitgliedsländer statt.

Das plötzlich zunehmende Risikobewusstsein in der Folge der internationalen Finanzkrise beendete die Zinskonvergenz, es entstand ein starker spread. In den Zinsdifferenzen drückt sich nun unterschiedlich starkes Vertrauen in das Rückzahlungsversprechen einzelner Schuldnerländer aus. Die rasche Verknappung des Kapitalangebots gegenüber einzelnen Ländern ermöglichte potentiellen Gläubigern, deutlich höhere Zinsen und damit höhere Verteilungsansprüche gegen diese Länder durchzusetzen. Der durch risikoaverses individuelles Verhalten potentieller Gläubiger erzeugte spread schafft eine Situation kollektiv verbesserter Interessendurchsetzung für die Gläubiger und ein verschlechterte Situation für die nun als schwache Schuldner eingestuft Staaten.

Damit setzt eine negative Vertrauensdynamik ein: Die höheren Zinsforderungen führen zu gesteigerten Belastungen der Schuldnerländer, dies bewirkt weitere Vertrauensverluste, und in der Folge davon tatsächlich solche Rückzahlungs- bzw. Refinanzierungsschwierigkeiten, dass sie stabilisierende Hilfen der starken EURO-Länder annehmen müssen. Die neue Situation auf dem Kapitalmarkt führt zu Veränderungen der Einkommensstrategien der Eigentümer und potentiellen Käufer von Staatsanleihen. Zum einen führt das neue

Risikobewusstsein zu Verkaufsdruck und verringerter Kaufbereitschaft, zum anderen steigt der geforderte Preis für Kredite an Staaten. Die Gelegenheitsstruktur für die Erzielung von Zinseinkommen verschiebt sich also in Richtung gesteigerten Risiko und Ertragschancen. Kehrseite der Verschiebung der Gelegenheitsstruktur für Zinseinkommensinteressen ist das rasche und dramatische Schrumpfen von realwirtschaftlichen Verteilungsspielräumen. Die Verteilungsspielräume jener Schuldnerstaaten, deren Bonität zusammengebrochen ist, werden vom veränderten Risikobewusstsein und Anlagehandeln der Gläubiger unmittelbar betroffen. Veränderungen weiterer Verteilungsspielräume finden über mehrere Vermittlungsschritte statt, über die jedoch kognitiv Uneindeutigkeit herrscht und darum politisch Dissens besteht. So ist zum Beispiel unklar und darum Gegenstand von Interpretationskämpfen, in welcher Weise eine Staatsinsolvenz Griechenlands die Ökonomien anderer EURO-Länder in Mitleidenschaft ziehen würde; oder aber welchen Einfluss die Installierung von Dauertransfers auf die Verteilungsspielräume der Zahler- und Empfängerländer in der Eurozone hätte.

II.3. Funktionszusammenhänge und Verteilungsinteressen

Strategischer Parameter der Bestandssicherung von Kapital als Funktionsträger und Anspruchstitel im Kapitalismus ist der Kapitalmarktzins. Für die Verbindung von Funktions- und Verteilungsaspekten der Krise ist darum der Doppelcharakter des Zinses entscheidend. Einerseits handelt es sich dabei um eine Risikoprämie, eine funktionsnotwendige Größe für die Kreditvergabe. Andererseits handelt es sich um eine Einkommenskategorie, hinter der Interessen stehen, und insofern um eine Anspruchskategorie. Diese Unterscheidung ist für die Art der Auseinandersetzung um die Höhe des Zinses entscheidend: Bei Erwägungen und Verhandlungen über den Zins als Funktionserfordernis geht es um die Idee, seine richtige Höhe zu bestimmen. Bei Auseinandersetzungen um den Zins als Anspruchskategorie dagegen geht es den Gläubigern darum, möglichst viel zu bekommen, den Schuldnern, möglichst wenig zu zahlen. In der Welt der Gleichgewichtsökonomie kommen die beiden Aspekte des Zinses über den Marktmechanismus zum Ausgleich. Dies verdankt sich freilich den apriorischen Gleichgewichtsannahmen der neoklassischen Ökonomie. Da in der Gleichgewichtsökonomie Handeln von seinem kollektiven Ergebnis, dem Gleichgewicht, her verstanden wird, verfügt sie – im soziologischen Sinn – über keine empirischen Akteure und über keinen empirischen Handlungsbegriff (Vogl 2010; Vobruba 2012). Darum fällt es im Jargon der Neoklassik so leicht, „den Märkten“ Akteursqualitäten zuzuschreiben (Ganßmann

2011). Aber es sind nicht die Märkte, die agieren, sondern relevante Akteure, die auf diesen Märkten ihre Strategien verfolgen, deren Handeln diese Märkte gestaltet, ebenso wie die Märkte Rahmenbedingungen für ihr Handeln setzen. Es ist für unsere Argumentation entscheidend, die relevanten Akteure begrifflich aus der Umklammerung des neoklassischen Gleichgewichtsdenkens zu befreien. Denn dies ist die Voraussetzung dafür, empirische Fragen nach Zusammenhängen zwischen ihrem Handeln und dem Funktionieren des Kapitalmarktes ebenso wie Fragen nach ihren Strategien in Verteilungskämpfen und deren Folgen zu stellen.

Im nächsten Schritt werden wir die Dynamik der Eurokrise auf zwei Ebenen rekonstruieren: Erstens geht es um Verteilungsinteressen in der Krise. Wer kann welche Interessenpositionen durchsetzen? Die Neuverteilung von Verteilungsspielräumen manifestiert sich als Dauerkonflikt um die Trägerschaften der Lasten der Bewältigung der Eurokrise und in permanenten Auseinandersetzungen um die angemessene Interpretation von Funktionszusammenhängen, also: in Interpretationskämpfen um die wechselseitigen Abhängigkeiten der Bestands- und Reproduktionsbedingungen der in die Eurokrise involvierten Institutionen. Daran ist die zweite Ebene gekoppelt: Zweitens geht es um die Entwicklung der Akteurskonstellation in der Krise. Entscheidend ist die Frage: Welche Institutionen werden in ihren Bestandsbedingungen von der Eurokrise so tangiert, dass sie in die Auseinandersetzungen eintreten müssen? Aus diesem Grund geht es bei den Interpretationskämpfen um die wechselseitigen Abhängigkeiten der Bestands- und Reproduktionsbedingungen der in die Eurokrise involvierten Institutionen immer auch darum, wer sich als Spieler im Kontext der Eurokrise sehen und in sie hineinziehen lassen muss, und wer sich auf eine Beobachterrolle beschränken oder zurückziehen kann. Es geht bei der Rekonstruktion der Entwicklung der Eurokrise darum zu zeigen, wie sich sowohl das Handeln der Akteure als auch die Akteurskonstellation selbst verändert. Die durch die Krise veränderte Akteurskonstellation dient uns dann als Ausgangspunkt für die Untersuchung von Perspektiven jenseits der defizitären Institutionalisierung der gemeinsamen Währung.

III. Folgen der Finanzkrise für die Eurozone

Im Folgenden rekonstruieren wir die Entwicklungen des Verhältnisses von Funktionszusammenhängen und Verteilungsinteressen während der Finanzkrise innerhalb der Euro-Zone in fünf Phasen. Wir untersuchen die Aushandlungsprozesse auf europäischer

Ebene zum einen hinsichtlich der Akteurskonstellation und der Interessenkonflikte bzw. der Frage, wie die Kosten zur Bewältigung der Krise verteilt werden soll, zum anderen als Auseinandersetzung um die angemessenen "technischen" Maßnahmen zur (Wieder)Herstellung des Vertrauens in die Funktionsfähigkeit der Eurozone. Im Zentrum stehen dabei die Fragen, wie die Wirkungen der Finanzkrise innerhalb der Euro-Zone verarbeitet werden, und welche Folgen sich aus der Krise für den institutionellen Rahmen der Institution Euro ergeben. Die Phasen stellen dabei auf der einen Seite eine chronologische Rekonstruktion des Krisenverlaufs dar, auf der anderen Seite strukturieren und differenzieren sie aber auch teilweise parallel ablaufende Debatten (vgl. auch Scharpf 2011).

1. Phase: Vor-Krisen-Phase – Die EU und ihre Mitgliedstaaten interpretieren die ersten Folgen der US-amerikanischen Immobilienkrise als Einzelfälle bzw. als unproblematisch für die Eurozone. Es wird mehrheitlich betont, dass die Eurozone wirtschaftlich zu stark ist, als dass sie von den Turbulenzen auf den US-amerikanischen Immobilienmarkt bedroht werden könnte, d.h. es wird keine Ansteckungsgefahr für die Eurozone ausgemacht, auch wenn es erste kritische Stimmen gibt.

Die US-amerikanische Immobilienkrise löst erste Liquiditätsprobleme europäischer Banken und damit verbunden erste Störungen im Interbankenhandel aus. Jedoch sind die politischen Akteure auf nationaler wie auf europäischer Ebene überwiegend der Ansicht, dass diese Probleme im Rahmen der bestehenden institutionellen Strukturen gelöst werden können (Europäische Kommission 2008b). Ab Herbst 2007 stellen zwar immer mehr Regierungen bei der Kommission Anträge, Banken im Rahmen des europäischen Wettbewerbsrechts unterstützen zu dürfen, was die Kommission auch ausnahmslos erlaubt. Jedoch wird hierbei betont, dass die Maßnahmen weder einen Widerspruch zum europäischen Recht darstellen noch ein Indiz für eine europäische Krise sind (Pisani-Ferry, Sapir 2010: 352). Da die Probleme als rein nationale und nicht grenzüberschreitend angesehen werden, werden nationale Lösungen angestrebt (Pisani-Ferry, Sapir 2010: 350). Die mit der US-amerikanischen Immobilienkrise verbundenen Störungen des Interbankenhandels werden durch die EZB gelöst, die hierfür im Gegensatz zur US-amerikanischen Federal Bank auf bestehendes Instrumentarium zurückgreift (Pisani-Ferry, Sapir 2010: 351).

Die Zahlungsschwierigkeiten von Banken werden somit als einzelne Folgeprobleme der US-amerikanischen Immobilienkrise angesehen, die einerseits systemspezifisch (Banken, Immobilien etc.) andererseits regional begrenzt sind, und deshalb durch singulare

Hilfsmaßnahmen im Rahmen der bestehenden institutionellen Strukturen bewältigt werden können. Zwar gibt es erste Stimmen, die vor einer Krisengefahr warnen. So betont der Präsident der Europäischen Zentralbank Jean-Claude Trichet in einer Rede vor dem Europäischen Parlament, dass die Risiken der globalen Turbulenzen für die EU noch nicht abzusehen sind. Dem widersprechen jedoch die Kommission wie auch die Regierungen der Eurozone und argumentieren, dass die europäische Wirtschaft zu stark ist, als dass die Turbulenzen in den USA und auf globaler Ebene sie bedrohen könnten. „So far, the European economy has weatheread these headwinds relatively well, with its fundamentals on a sound footing when the turmoil broke out.” (Europäische Kommission 2008a: 31) Es wird zwar anerkannt, dass die aktuellen globalen Entwicklungen gewisse ungewöhnliche Unsicherheiten für die EU im Allgemeinen und die Eurozone im Besonderen bergen. „Unusual uncertainty characterises the current economic situation, as most of the risks to the outlook for growth and inflation identified in autumn last year have started to materialise simultaneously.” (Europäische Kommission 2008a: 48) Jedoch wird ebenso betont, dass die Entwicklungen durch die eingeleiteten Maßnahmen bekämpft und so die Lage stabilisiert werden konnte (Europäische Kommission 2008a: 50).

Im Nachhinein stellt die Kommission kritisch fest, dass die Gefahren unterschätzt wurden. “It was also widely believed that the European economy, unlike the US economy, would be largely immune to the financial turbulence. This belief was fed by perceptions that the real economy, though slowing, was thriving on strong fundamentals such as rapid export growth and sound financial positions of households and businesses. These perceptions dramatically changed in September 2008, associated with the rescue of Fannie Mae and Freddy Mac, the bankruptcy of Lehman Brothers (...)” (Europäische Kommission 2009a: 8). Die europäische Politik wurde von der Krise überrascht (Europäische Kommission 2009a: 56).

2. Phase: Vertrauensverlust in Schuldner und wachsende Staatsschulden – Politische Akteure nehmen nun die Turbulenzen auf den Finanzmärkten als Krise wahr. Der Euro gilt dabei als wichtige institutionelle Stütze der Mitgliedstaaten, weshalb Staaten wie Dänemark und Schweden die Einführung des Euros erwägen (BBC News 2008), was jedoch später wieder aufgegeben wird. Gleichzeitig beginnen die Gläubiger zwischen den Eurostaaten zu differenzieren, d.h. die Kreditwürdigkeit der Mitglieder der Eurozone wird nun unterschiedlich bewertet, was in unterschiedlichen Zinsen für Staatsanleihen zum Ausdruck kommt.

Im Sommer 2008 wird deutlich, dass nicht nur einzelne sondern zahlreiche Banken in Folge gescheiterter Spekulationen in den USA „faule Kredite“ in ihrem Portfolio haben und enorme Abschreibungen vornehmen müssen. Dies führt nach dem Zusammenbruch von Lehmann-Brothers zu einem Vertrauensverlust zwischen den Banken und damit zu einem Funktionsverlust des Interbankensystems (Europäische Kommission 2009a: 9). Die Kreditvergabe sowie der Handel mit Wertpapieren und Devisen zwischen den Banken kommt nahezu zum Erliegen. Anstelle einander Kredite zur Verfügung zu stellen, tendieren die Banken zu Einlagen bei den Zentralbanken, weshalb eine wachsende Zahl an Banken ihre Verbindlichkeiten über den Finanzmarkt nicht mehr refinanzieren kann. Gleichzeitig haben dieser Zusammenbruch des Interbankenmarkts, die Verschärfung der Kreditbedingungen sowie der Konsumrückgang in den USA zur Folge, dass weitere Unternehmen in Bedrängnis geraten (Pisani-Ferry, Sapir 2010: 353f).

Die Mitgliedstaaten der Eurozone versuchen durch Bereitstellung von Liquidität den für das Interbankensystem funktionsnotwendigen Interbankencredit wieder herzustellen, sowie durch Hilfsprogramme Banken und Unternehmen zu stabilisieren (Europäische Kommission 2009a: 62ff). Die Maßnahmen werden zwar von der Kommission im Rahmen des europäischen Wettbewerbsrechts geprüft, jedoch haben sie nationalen Charakter und führen teilweise zu zwischenstaatlichen Konflikten (Buckley, Howarth 2011: 127). So wurde die irische Regierung für ihren Vorstoß kritisiert, Einlagen von Sparern bei irischen Banken mit staatlichen Garantien abzusichern, da dies einen Kapitalzustrom auf die Insel zur Folge hatte und sich andere Regierungen, insbesondere die britische Regierungen, gezwungen sahen, ähnliche Garantien zu geben. Trotz der Bekundungen gemeinsam handeln zu wollen (Euro Area Countries 2008), konzentrierten sich die Regierungen auf eine Stabilisierung des jeweils eigenen Bankensystems.

Als Konsequenz der Versuche, Banken zu retten und den Kapitalmarkt zu stabilisieren, steigt die Staatsverschuldung stark an. Im Zuge der Finanzkrise wird darum nicht nur die Kreditwürdigkeit der Finanzakteure und Unternehmen re-evaluiert, Zweifel entstehen auch an der Kreditwürdigkeit einiger Staaten. (Europäische Kommission 2009b: 20). Die Schuldenstände, die höhere staatliche Kreditaufnahme zur Finanzierung der Hilfsmaßnahmen sowie die steigende Zinslast führen zu einem Vertrauensverlust in ihre Kreditwürdigkeit. So wird im Oktober 2009 neben Griechenland (von A+ zu A zu A-) auch Irland (von AA+ zu AA-) von der Ratingagentur Fitch heruntergestuft.

3. Phase: Krisendeklaration. Das Gläubigervertrauen in einige Eurostaaten sinkt, d.h. die Qualität der Staaten als Schuldner differenziert sich weiter aus. Griechenland steht kurz vor dem Bankrott. Nun startet eine Diskussion um die Frage, mittels welcher politischen Maßnahmen Vertrauen auf hohem Niveau wieder hergestellt werden kann und wer die Kosten dafür zu tragen hat. Auf europäischer Ebene setzt sich dabei die Position durch, dass die Europartner einander kurzfristig helfen, langfristig die Schuldner die Kredite zurückzahlen müssen. Die Kosten der Vertrauenskrise sollen von den jeweiligen Staaten und nicht der Eurozone insgesamt getragen werden.

Im Winter 2010 steigen die Zinsen für griechische Staatspapiere rasant an. Hintergrund ist, dass die griechische Regierung eine rasch wachsende Staatsverschuldung eingestehen muss und gleichzeitig bekannt wird, dass die Regierung anscheinend mithilfe einiger Banken Statistiken gefälscht hat (EurActiv 2010b). Die neuen Zahlen in Kombination mit einer misstrauischen Stimmung auf den Finanzmärkten lassen das Vertrauen in die griechischen Schuldnerqualitäten dramatisch sinken. Damit steht die Kreditwürdigkeit eines Mitglieds der Eurozone in Frage. Die griechische Regierung versucht mit der Ankündigung drastischer Sparmaßnahmen das Vertrauen zurück zu gewinnen (EurActiv 2009), was jedoch nicht zur Stabilisierung der Situation führt. Das sinkende Vertrauen alarmiert auch die Europartner und löst eine Debatte über die geeigneten Gegenmaßnahmen aus. Erste Reaktion der Europartner ist der Versuch, das Problem zu isolieren, d.h. es wird betont, dass es sich um ein nationales Problem handelt, für das die griechische Regierung die Verantwortung trägt. Ferner wird die griechische Regierung aufgefordert, die Sparmaßnahmen zu intensivieren und noch strikter umzusetzen, Hilfsmaßnahmen durch die Partner werden von diesen wie auch der EZB mit Verweis auf die no-bail-out-clause abgelehnt (EurActiv 2010a; Blackstone 2010). Vonseiten der Europartner wird demnach versucht, die griechische Haushaltsprobleme und damit verbundene Vertrauenskrise auf ein nationales Phänomen zu reduzieren, wobei man aber gleichzeitig doch über mögliche Folgen für den Euro beunruhigt ist.

Die zunehmend dramatische Situation Griechenlands führt dazu, dass sich die Debatten verändern. Mit dem weiter schwindenden Vertrauen in Griechenland wächst unter den Europartnern die Sorge, dass dies negative Folgen für andere Staaten wie auch die gesamte Eurozone haben könnte (Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union 2010a). Zwar betont die griechische Regierung weiter, keine Hilfe von den Partnern zu wollen, gleichzeitig erklärt sie aber auch, dass die Ursache für ihre momentanen Vertrauensprobleme eine Attacke auf den Euro sei (BBC News 2010). Mit dem Hinweis, dass Griechenland Opfer

einer Attacke auf die Gemeinschaftswährung ist, wird versucht, die Krisenbetroffenheit und damit die Zuständigkeit für die Bewältigung der Krise auszuweiten. Gleichzeitig werden unter den Europartner Hilfsmaßnahmen zunehmend als Option diskutiert und Solidarität mit Griechenland wird betont (Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union 2010b). Um die Frage, welche Hilfe sich aus dieser Solidarität ergibt, wird jedoch gestritten. Einerseits wird gefordert, dass Griechenland weiter spart und sich so selbst hilft (Europäische Kommission 2010). Gerade die deutsche Regierung lehnt zu diesem Zeitpunkt Hilfen mit Transfereffekten ab (EurActiv 2010c). Andererseits werden auch Stimmen laut, die die Bereitstellung von Krediten für Griechenland als Option einbringen (BBC News 2010). Als erstes konkretes Hilfsangebot bietet die Kommission an, die griechische Regierung bei der Kontrolle und Umsetzung der Sparziele zu unterstützen (Europäische Kommission 2010). Schließlich wird von allen Europartnern akzeptiert, dass Griechenland nur mit europäischer Hilfe vor einem Bankrott gerettet werden kann, zu welchen Konditionen diese Hilfe erfolgen soll, ist weiterhin umstritten (Euraktiv 2010e; EurActiv 2010f). So fordert die Bundesregierung harte Sparauflagen und eine Beteiligung des IWF.

Am 11. April 2010 einigen sich die Eurostaaten auf die Bereitstellung von Krediten und die Konditionen der Hilfe (EurActiv 2010g, Euro area Members States 2010a). Demnach soll Griechenland mit 45 Milliarden Notkrediten unterstützt werden, wovon 30 Milliarden die Europartner auf bilateraler Ebene tragen und die restlichen 15 Milliarden durch IWF zur Verfügung gestellt werden. Die Zinsen dafür liegen unter dem, was Griechenland auf dem Markt zahlen müsste, aber höher als für Staaten wie Deutschland. Ferner werden die Kredite an einen harten Sparkurs und die Bereitschaft geknüpft, die Sparbemühungen von IWF, Kommission und der EZB („Troika“) kontrollieren zu lassen. Bei der Vorstellung des Notfallplans wird allerdings auch betont, dass Griechenland noch keine Hilfe beantragt hat (EurActiv 2010g). Da diese Ankündigung nur für eine kurzfristige Entspannung sorgt, sieht sich Griechenland am 26. April 2010 gezwungen, um Hilfe zu ersuchen (EurActiv 2010h). Neben den transnationalen Maßnahmen akzeptiert die Europäische Zentralbank trotz der Ratingabstufung weiterhin griechische Wertpapiere als Sicherheiten (Europäische Zentralbank 2010a), was ihrem Prinzip, nur sehr hochwertige Papiere als Sicherheit zu akzeptieren, widerspricht (zur bisherigen Politik der EZB Heine, Herr 2008).

Durch diese Maßnahmen kommt es nicht nur zu drastischen institutionellen Veränderungen, es ändert sich auch die Akteurskonstellation. Die EZB wird zu einem Gläubiger, die Europartner werden zu Bürgen.

Aus der Zweierkonstellation Gläubiger – Schuldner wird die Dreierkonstellation: Gläubiger-Schuldner-Bürgen. Sie bestimmt von nun an die Dynamik der Krisenentwicklung und Krisenpolitik.

4. Phase: Manifestationen der Krise: Es geraten mehr Staaten in die Schuldnerrolle, weshalb die Debatte um die Kostenverteilung und die Frage nach geeigneten Lösungsansätzen an Dynamik gewinnt.

Es stellt sich heraus, dass durch die Hilfe für Griechenland weder das Vertrauen in die griechische Kreditwürdigkeit zurück gewonnen noch verhindert werden kann, dass immer mehr Staaten zunehmend kritisch beobachtet werden (EurActiv 2010i). Die Problemformel „die PIIGS“ oder „GIPSI“ entsteht. Auch wenn die Probleme dieser Staaten unterschiedliche Ursachen haben, ist jetzt öffentlich die Rede von einer „Ansteckungsgefahr“ von Griechenland, Irland, Portugal bis Spanien und Italien. Entscheidend ist dabei, dass letztere nicht nur als „too big to fail“, sondern auch als zu groß für Rettungsaktionen gelten. Um die Verunsicherung der Finanzmarktakteure abzubauen, verfolgen die Europartner zunächst eine Doppelstrategie: Auf der einen Seite wird sowohl von den betroffenen Staaten als auch der restlichen Eurozone öffentlich betont, dass die Staaten wirtschaftlich stark sind und die bisher angestoßenen Sparmaßnahmen ausreichen, und sie deshalb keine Hilfe in Anspruch nehmen müssen (Euro area Members States 2010c). Gleichzeitig arbeiten die Euromitglieder und die Kommission an einem temporären Rettungsansatz, um Staaten mit Liquiditätsproblemen schnell und umfassend helfen zu können. Später ändern gerade die reichen Eurostaaten ihre Strategie und drängten schwache Staaten dazu, Hilfe anzunehmen, um so eine weitere Destabilisierung der Eurozone zu vermeiden, wobei sich diese lange wegen des befürchteten Souveränitätsverlustes gegen europäische Hilfe wehren (Beispiel Irland: Erlanger, Kanter 2010).

In dieser Phase dominieren technische Krisenlösungen, die auf den Funktionsaspekt von Kredit und Zins zielen: Der im Mai 2010 entwickelte Rettungsansatz sieht vor, dass Eurostaaten Kredite beantragen können. Die Finanzierung der Kredite erfolgt auf drei Säulen, erstens werden über den EU-Haushalt Kredite aufgenommen, zweitens stellen die Eurostaaten Garantien zur Verfügung, auf deren Basis eine eigens dafür geschaffenen Institution Kredite auf den Finanzmärkte aufnehmen kann, drittens steuert der IWF Kredite bei. Gewährt werden die Kredite nur, wenn ein Staat ansonsten insolvent würde. Mit der Hilfe sind hohe Sparauflagen und die Bereitschaft verbunden, die Sparpolitik durch die

„Troika“ kontrollieren zu lassen. Angelegt ist der Rettungsansatz zunächst nur temporär, d.h. bis 2013. Die EZB ist beim Rettungsschirm erst nur als Kontrollinstanz beteiligt, später unterstützt sie die Eurostaaten und den Rettungsschirm mit dem Kauf von Staatsanleihen (Europäische Zentralbank 2010b). Damit revidiert sie nicht nur ihre eigenen Prinzipien, sondern wird auch zum Gläubiger der schwachen Schuldnerstaaten. Insgesamt zielen die europäischen Hilfsmaßnahmen darauf ab, kurzfristig die Staaten zu entlasten und langfristig das Vertrauen der Finanzakteure in die Staaten zurückzugewinnen. Durch Zinsforderungen und Austerity-Programme werden die betroffenen Staaten angehalten, einen wesentlichen Anteil an den Kosten zu tragen. Umverteilungsvorschläge zu Gunsten der schwachen Schuldnerländer werden vom reichen EU-Kern zurückgewiesen, so werden Euro-bonds abgelehnt und es wird vor einer „Transferunion“ gewarnt.

Im November 2010 bittet nach langem Zögern und harten Aushandlungsprozessen die irische Regierung um europäische Hilfe (Euro area Members States 2010b). Das ausgehandelte Rettungspaket, an dem sich auf bilateraler Ebene auch UK und Schweden beteiligen, umfasst 85 Milliarden Euro und ist mit einem vierjährigen Sparprogramm verbunden (Eurogroup and ECOFIN Ministers 2010; Irische Regierung 2010). Im Mai 2011 einigt sich dann die portugiesische Regierung mit den Europartnern auf ein 70 Milliarden schweres Rettungspaket, das mit einem dreijährigen Sparprogramm verknüpft ist (Eurogroup and ECOFIN Ministers 2011; Rehn, Strauss-Kahn 2011; IMF 2011).

Die Krise wird trotz der Maßnahmen zur Rettung Griechenlands systemisch, d.h. es wird eine Ansteckungsgefahr für immer mehr und größere Staaten gesehen. Auch wird offensichtlich, dass die Haushaltsprobleme einiger Staaten unkalkulierbare Risiken für die Eurozone bergen und nur durch einen europäischen Ansatz bewältigt werden können. Das bedeutet, dass die Strategie der Externalisierung der Krise als abtrennbares EU-Peripherieproblem nicht mehr funktioniert. Durch diese neue Wahrnehmung verfestigt sich die Dreier-Akteurskonstellation: Aus den reichen Eurostaaten werden dauerhaft Bürgen, und die EZB wird zu einem Gläubiger. Zwar wird auch in dieser neuen Konstellation versucht, die Kosten auf die schwachen Schuldner zu übertragen, die Sparmaßnahmen und höhere Kreditzinsen akzeptieren müssen. Mit der Übernahme von Risiken sind jedoch auch die Bürgen und Gläubiger (zumindest im worst case) an den Kosten beteiligt. Das gesteigerte Interdependenzbewusstsein löst also eigennützige Hilfe der reichen für die armen Länder aus. Die entscheidende Konsequenz davon ist, dass das Problem der Lastenverteilung nicht mehr als reines Nullsummenspiel innerhalb der armen Länder angesehen wird – es kommt also

zumindest zu einer potentiellen Stärkung der Position der armen EU-Länder im Verteilungskonflikt.

5 Phase: Konflikt um langfristige Krisenbewältigung. Um langfristig das Vertrauen in die Eurozone zu stärken und künftige Krisen zu vermeiden bzw. besser bekämpfen zu können, wird die Institutionalisierung eines dauerhaften Krisenbekämpfungsmechanismus diskutiert. Geplant ist, den staatlichen Handlungsspielraum in der Fiskal- und Wirtschaftspolitik stärker zugunsten von europäischen Kontrollmechanismen einzuschränken. Gleichzeitig soll durch einen gemeinsamen Ansatz zur Vermeidung und zur Bekämpfung von Krisen das Vertrauen in alle Teilnehmer der Eurozone gestärkt werden. Es geht darum, das Vertrauen der Finanzakteure aus der Zeit vor der Krise wieder herzustellen, indem ihm eine realistische Grundlage geschaffen wird.

Parallel zur Einführung des EFSF und den Hilfen für Portugal und Irland wird die Frage diskutiert, wie in Zukunft solche Haushaltskrisen verhindert bzw. bekämpft werden können. In den Debatten wurde dabei zunächst verhandelt, ob ein permanentes Krisenmanagement notwendig ist, um Vertrauen zu stabilisieren (EurActiv 2010j; EurActiv 2010k). Später wird nur noch über die Konditionen eines dauerhaften Krisenmanagement gestritten (EurActiv 2010l; EurActiv 2011a), wobei gerade die deutsche Bundesregierung darauf drängt, parallel zur Etablierung eines dauerhaften Rettungsfonds die Kontrollmechanismen der nationalen Fiskalpolitik zu verschärfen. Als Ergebnis einigen sich die Eurostaaten auf den sogenannten Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) (EurActiv 2011b). Hierzu ist vorgesehen, das Kreditvolumen auf 500 Milliarden auszudehnen. Die Kredite sollen weiter aus drei Bereichen stammen, jedoch soll anstelle der Kredite aus dem EU-Haushalt ein eigenes Grundkapital gebildet werden, d.h. erstens werden 80 Milliarden direkt durch Mitgliedsstaaten bereitgestellt und stehen unmittelbar zur Verfügung, zweitens 420 Milliarden als Kreditgarantien durch Mitgliedsstaaten, und drittens 250 Milliarden durch den IWF. Auch soll es dem ESM möglich werden, anstelle der EZB Staatsanleihen zu kaufen. Alle Kredite sind einstimmig durch die Finanzminister der Eurozone zu beschließen. Die Nichtbeistandsklausel (Art. 125 AEU-Vertrag) bleibt bestehen. Gleichzeitig wird im Sinne der Vermeidung zukünftiger Krisen diskutiert, in welcher Form die Gläubiger dauerhaft am Kreditrisiko so beteiligt werden können, dass sie drohende Risiken realistisch antizipieren.

IV. Konsequenz: Ergänzung der defizitären Institutionalisierung

Die Politik der Krisenbewältigung hat damit zu kämpfen, dass Funktionsaspekt und Verteilungsaspekt der Eurokrise miteinander in Widerspruch geraten. Alle Versuche, die Gläubiger in die Verteilungsfrage mit einzubeziehen, behindern den Wiederaufbau ihres funktionsnotwendigen Vertrauens - und genau diesen Zusammenhang können Gläubiger im Verteilungsauseinandersetzung strategisch einsetzen. Darum sind der Kostenbeteiligung der Gläubiger enge politische Grenzen gesetzt: Ihre Verteilungsinteressen müssen jedenfalls dann berücksichtigt werden, wenn sie damit drohen, funktionsrelevante Kooperation zu verweigern.

Die Probleme der gemeinsamen Europäischen Währung sind die Konsequenz ihrer defizitären Institutionalisierung. Als defizitäre Institutionalisierung bezeichnen wir einen Prozess, im Zuge dessen sich die folgende Kausalkette entwickelt: Ausgangspunkt ist die Entstehung neuer Institutionen, durch die sich Raum für die Ausbildung neuer sozialer Konstellationen, insbesondere neuer Kooperations- und Konkurrenzverhältnisse entwickelt. Aus diesen Kooperations- und Konfliktverhältnissen ergeben sich Interessen und damit Handlungspotentiale, die störend auf die Institutionen zurückwirken können, weil für sie keine Regelungen, und insbesondere keine Verteilungsregeln, bereitgehalten werden. Dies wiederum führt zu Verlusten an Leistungsfähigkeit und als Reaktion darauf zu Versuchen, defizitäre Institutionalisierung durch weiter gehende Institutionenbildung zu kompensieren (Vobruba 2012a).

Prozesse defizitärer Institutionalisierung tendieren zu Irreversibilität. Dies legt daran, dass Deinstitutionalisierung, also Wiederherstellung des status quo ante, ungleich kostspieliger ist als jede denkbare Form weiter gehender Institutionalisierung. Ob der Irreversibilitätsmechanismus greift, hängt freilich davon ab, ob die antizipierbaren Kosten der Deinstitutionalisierung jene Akteure treffen, die in der Lage sind, weiter gehende Institutionalisierung durchzusetzen. Unter dieser Bedingung ist in der Konsequenz von Prozessen defizitärer Institutionalisierung ergänzende Institutionenbildung zu erwarten. Dies, so meinen wir, ist der Kern der gegenwärtigen Krisenpolitik.

Vor dem Hintergrund der Theorie des optimalen Währungsraumes (Mundell 1962) sind die Defizite der Institution der gemeinsamen Europäischen Währung leicht zu erkennen. Im Europäischen Währungsraum gibt es weder einigermaßen gleich leistungsfähige regionale Ökonomien und dem entsprechend stabile interregionale Lohn-Stückkosten-Relationen, noch ausreichende Faktormobilität, um Produktivitätsdifferenzen auszugleichen. Institutionelle

Mechanismen, die erforderlich wären, um die Folgen der ökonomischen Disparitäten abzufangen, fehlen ebenfalls. Weder ist eine wirtschafts- und beschäftigungspolitische Gesamtverantwortung noch sind ausreichende sozialtransferpolitische Ausgleichsregeln institutionalisiert.

Die Eurozone wurde von ökonomischen Sicherheitserwartungen getragen, die in der Politik anfangs kaum Entsprechung fanden. Es handle sich bei der gemeinsamen europäischen Währung um ein „technically and politically ... highly complex experiment“ (Padoa-Schioppa 1994; Vobruba 1999) Die erheblichen Abweichungen der Eurozone vom Modell eines optimal funktionierenden Währungsraums und das daraus resultierende Risikopotential waren durchaus bekannt. Gleichwohl blieb dies etwa zehn Jahre lang ohne manifeste Folgen für die gemeinsame Währung.

Der Wegfall des Wechselkursmechanismus als institutioneller Schutz der leistungsschwächeren Ökonomien wurde durch die Fehlperzeption der Bonität der schwachen Euro-Schuldnerstaaten verdeckt. Die Folge davon war, dass sich durch Liquiditätszufuhr in den schwachen Schuldnerstaaten die Verteilungsspielräume weit über deren realökonomische Leistungsfähigkeit hinaus erweiterten. Mit dem Zusammenbruch des Gläubigervertrauens setzte ein rasantes Schrumpfen der Verteilungsspielräume ein. Daraus ergab sich Zweierlei: Zum einen entwickelten sich rasch scharfe Verteilungskonflikte, zum anderen setzten hektische krisenpolitische Versuche zur Wiederherstellung des Gläubigervertrauens ein. Der plötzliche extreme Überhang an Ansprüchen manifestiert sich in Konflikten über die Verteilung der Kosten der Krise und in politischen Versuchen, die Währungsunion auf eine neue institutionelle Grundlage zu stellen, also Politik im Sinne der Ergänzung der defizitären Institutionalisierung zu betreiben.

Die Besonderheit der defizitären Institutionalisierung der gemeinsamen Währung besteht darin, dass mit ihr einerseits neue Funktionszusammenhänge und Abhängigkeiten und andererseits neue (Verteilungs-)Konfliktkonstellationen entstanden sind. Wir haben dies eingangs unter dem Stichwort „Doppelcharakter des Zinses“ dargestellt. Das ist der Grund für die besonderen Schwierigkeiten des Managements der Eurokrise: Sie stellt ein spezifisches Funktionsproblem und eine besondere Verteilungskonstellation dar. Einerseits geht es unter hohem Zeitdruck darum, die akute Krisendynamik zu stoppen und ihre Ausbreitung zu verhindern. Und andererseits müssen institutionelle Regelungen geschaffen werden, um analoge Krisen in Zukunft zu verhindern; es geht also um die Ergänzung der defizitären Institutionalisierung. Die kurzfristig drängende Krisenbewältigung erfordert die

möglichst rasche Wiederherstellung des funktionsnotwendigen Gläubigervertrauens, wozu Verteilungsinteressen von Gläubigern bedient werden müssen. Langfristig sind institutionelle Regelungen für die Währungsunion erforderlich, welche zukünftige Fehlfunktionen/Krisen verhindern. Dies erfordert die Rückführung von Risiken auf Gläubiger, wodurch ihre Verteilungsinteressen beeinträchtigt werden. Damit wird die Blockade der Krisenpolitik deutlich. Die kurzfristig erforderliche Rücksichtnahme auf Gläubigerinteressen als funktionsrelevante Interessen blockiert die langfristig erforderliche ergänzende Institutionalisierung der gemeinsamen Europäischen Währung.

Funktionsaspekt und Verteilungsaspekt der Krise und der Krisenpolitik treffen sich an diesem Punkt: Die Blockade der Krisenpolitik zwischen dem kurzfristig und dem langfristig Erforderlichen ergibt sich daraus, dass die funktionsrelevanten Einkommensinteressen die Institutionenbildung behindern, welche zur Ergänzung der defizitären Institutionalisierung der gemeinsamen Währung erforderlich ist. Die Funktionsrelevanz der Gläubigerinteressen hat sich im Zuge der Krisenentwicklung darin manifestiert, dass den Gläubigern nur ein geringer Anteil an den Krisenlasten zugemutet wird, und dass Staaten, EZB und IWF sich genötigt sahen, zwecks Vertrauensbildung (Beckert, Streeck 2011) in die Rolle von Bürgen einzutreten. Die Verhandlungsposition und Vetomacht der Staatsgläubiger wurde dadurch weiter gestärkt.

Die defizitäre Institutionalisierung der gemeinsamen Währung ist also schwer zu beheben. Gleichwohl ist die Rückbildung der gemeinsamen Währung unwahrscheinlich. Darum wird sich durch die Eurokrise ein stabilere Institutionalisierung der gemeinsamen Währung entwickeln. Allerdings könnte dieser Vertiefungsschub der Europäischen Integration auf Kosten des gegenwärtigen Umfangs der Europäischen Union gehen.

Literatur

- Balog, Andreas 2006. *Soziale Phänomene*. Identität, Aufbau und Erklärung. Wiesbaden: VS.
- BBC News, 2008. Denmark planning new vote on euro. In: *BBC News* 22.11.2008.
- BBC News, 2010. Davos 2010: Greece denies a bail-out is needed. In: *BBC News* 28.01.2010.
- Beckert, Jens, Wolfgang Streeck 2011. Die nächste Stufe der Finanzkrise. In: *FAZ*, 17. 10. 2011.
- Blackstone, Brian, 2010. ECB's Stark Denies Aid for Greece. In: *The Wall Street Journal* 07.01.2010.
- Bohmann, Gerda, Georg Vobruba 1992. Crises and Their Interpretations. In: *Crime, Law and Social Change*. Vol. 17, S. 145-163.
- Buckley, James, David Howarth, 2011. Internal Market: Regulating the So-Called 'Vultures of Capitalism', In: *Journal of Common Market Studies* 49, S. 123-143.
- Erlanger, Steven und James Kanter, 2010. New Push for Ireland to Consent to a Bailout. In: *Irish Times* 16.11.2010
- EurActiv, 2009. Crisis-hit Greece scrambles for measures. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010a. Greece urged to come up with fiscal plan. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010b. EU tells Greece to fix 'fraudulent' budget stats. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010c. EU, Germany deny Greek bailout plans. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010d. EU urges Greece to agree new austerity plan. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010e. German consent for helping Greece has strings attached. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010f. Eurozone leaders hammer out Greece rescue plan. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010g. Euro zone aid provides short-term relief for Greece. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010h. Greece seeks EU/IMF aid package. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010i. Greek crisis starts hitting other eurozone countries. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010j. Brussels lays down plans for permanent bailout mechanism. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010k. Eurozone ministers take no new action on debt crisis. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2010l. EU opts for new bailout system. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2011a. Euro stability fund hostage to domestic resistance. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- EurActiv, 2011b. *EU agrees €700 billion fund to protect euro zone*. In: *EurActiv.com* (zuletzt abgerufen 31.10.2011).
- Euro Area Countries, 2008. *Summit of the Euro Area Countries*. Declaration on a concerted European Action Plan of the Euro Area Countries. Paris.
- Euro area Members States, 2010a. *Statement on the support to Greece by Euro area Members States*. Brüssel.

- Euro area Members States, 2010b. *Statement by the Eurogroup*. Ireland. Brüssel.
- Euro area Members States, 2010c. *Statement by the Eurogroup*. Portugal. Brüssel.
- Eurogroup and ECOFIN Ministers 2010. *Statement by the Eurogroup and ECOFIN Ministers*. Brüssel.
- Eurogroup and ECOFIN Ministers, 2011. *Statement by the Eurogroup and ECOFIN Ministers*. Brüssel.
- Europäische Kommission, 2008a. *Economic Forecast*. Spring 2008, Brüssel.
- Europäische Kommission, 2008b. *Mitteilung der Kommission - Die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen auf Maßnahmen zur Stützung von Finanzinstituten im Kontext der derzeitigen globalen Finanzkrise (2008/C 270/02)*, Brüssel.
- Europäische Kommission, 2009a. *Economic crisis in Europe*. Causes, consequences and responses, Luxembourg.
- Europäische Kommission, 2009b. *Economic forecast*. Spring 2009, Luxemburg.
- Europäische Kommission, 2010. *Commission assesses Stability Programme of Greece; makes recommendations to correct the excessive budget deficit, improve competitiveness through structural reforms and provide reliable statistics*. IP/10/116, Brüssel.
- Europäische Union 2010. *Government Statement. Announcement of joint EU - IMF Programme for Ireland*. Brüssel
- Europäische Union 2011. *IMF Reaches Staff-Level Agreement With Portugal On a €26 Billion Extended Fund Facility Arrangement*. Press Release No. 11/160.
- Europäische Zentralbank, 2010a. *ECB announces change in eligibility of debt instruments issued or guaranteed by the Greek government*, Frankfurt am Main.
- Europäische Zentralbank, 2010b. *ECB decides on measures to address severe tensions in financial markets*, Frankfurt am Main.
- Financial Times, 2008. EU will Krise ohne Notpaket meistern. In: *Financial Times Deutschland* 22.01.2008.
- Gaßmann, Heiner, 2011. Wir sind der Markt. In : *Le Monde diplomatique*. Oktober 2011. S. 1 und 8.
- Habermas, Jürgen 1973. *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Heine, Michael, Hansjörg Herr, 2008. *Die Europäische Zentralbank*. Eine kritische Einführung in die Strategie und Politik der EZB und die Probleme in der EWU, Marburg: Metropolis.
- Luhmann, Niklas 1981. *Politische Theorie im Wohlfahrtsstaat*. München: Olzog.
- Miliband, Ralph 1969. *The State in Capitalist Society*. New York: Basic Books.
- Mundell, Robert. A. 1961. A Theory of Optimal Currency Areas. In: *American Economic Review* Vol. 51, No. 4, 1961. S. 657-665. 2011.
- Offe, Claus 1975. *Berufsbildungsreform*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Padoa-Schioppa, Tommaso 1994. *The Road to Monetary Union in Europe*. Oxford: Clarendon Press.
- Pisani-Ferry, Jean, André Sapir, 2010. Banking Crisis management in the EU: an early assessment. In: *Economic Policy*, S. 341-373.
- Preunkert, Jenny 2011. Die Krise in der Soziologie. In: *Soziologie*. Jahrgang 40, Heft 4, S. 432-442.
- Przeworski, Adam; Michael Wallerstein 1982. Structural Dependence of the State from Capital. In: *American Political Science Review*, Vol. 82, No. 1. S. 11-29.
- Rehn, Olli, Dominique Strauss-Kahn, 2011. *Statement on Portugal by Olli Rehn, European Commissioner for Economic and Monetary Affairs, and Dominique Strauss-Kahn, Managing Director of the International Monetary Fund (IMF)*. MEMO/11/275, Brüssel.

- Rhodes, Martin 2003. The Enlargement Crisis of the European Union. In: *Journal of European Social Policy*, Vol. 13, No. 1. S. 54-57.
- Scharpf, Fritz W. 2011. Monetary Union, Fiscal Crisis and the Pre-emption of Democracy. In: *Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften*. 9. Jg., Nr. 2. S. 163-198.
- Schütz, Alfred 1971. *Das Problem der sozialen Wirklichkeit*. Gesammelte Aufsätze Bd. 1. Den Haag: Nijhoff.
- Spahn, Peter 2010. Die Interessen an der gemeinsamen europäischen Währung. In: Monika Eigmüller, Steffen Mau (Hg.), *Gesellschaftstheorie und Europapolitik*. Wiesbaden: VS. S. 411-428.
- Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union 2010a. *Statement by the Heads of State or Government of the European Union*, Brüssel.
- Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union 2010b. *Statement by the Heads of State or Government of the European Union*, Brüssel.
- SVR 2010. *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Jahresgutachten 2010/2011*. Chancen für einen stabilen Aufschwung. Wiesbaden. <http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/aktuellesjahrgutachten-2010-11.html> (zuletzt abgerufen am 31.10.2011).
- Vobruba, Georg 1992. Funktionalismus als Akteurswissen. In: Heidrun Abromeit, Ulrich Jürgens (Hg.), *Die politische Logik wirtschaftlichen Handelns*. Berlin: Sigma. S. 215-232.
- Vobruba, Georg 1999. Währungsunion, Sozialpolitik und das Problem einer umverteilungsfesten europäischen Identität. In: *Leviathan*, 27. Jg., Nr. 1. S. 78-94.
- Vobruba, Georg 2009. *Die Gesellschaft der Leute*. Wiesbaden: VS.
- Vobruba, Georg 2012. Soziologie der Gleichgewichtsökonomie. In: Gerda Bohmann, Heinz-Jürgen Niedenzu (Hg.). *Markt – Inklusion – Gerechtigkeit*. Sonderheft der ÖZS. Wiesbaden: VS.
- Vobruba, Georg 2012a. Die Transformation der Souveränität. Politisches Leistungsprinzip und Legitimationsprobleme der Europäischen Union. In: Maurizio Bach (Hg.). *Der entmachtete Leviathan*. Sonderheft der ZfP. Baden-Baden: Nomos.
- Vogl, Joseph 2010. *Das Gespenst des Kapitals*. Zürich: Diaphanes.

Bisher erschienene *Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie*

(für eine vollständige Übersicht der z.T. als PDF zur Verfügung stehenden Texte siehe: http://www.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/projekte_berichte.php)

- Nr. 1 (1/99)
Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 1997/98.
- Nr. 2 (1/99)
Martin Abraham & Thomas Voss: *Das Zahlungsverhalten von Geschäftspartnern. Eine Untersuchung des Zahlungsverhaltens im Handwerk für den Raum Leipzig.*
- Nr. 3 (1/99)
Martin Abraham, Thomas Voss, Christian Seyde & Sabine Michel: *Das Zahlungsverhalten von Geschäftspartnern. Eine Untersuchung des Zahlungsverhaltens im Handwerk für den Raum Leipzig. Codebuch zur Studie.*
- Nr. 4 (4/99)
Thomas Voss & Martin Abraham: Rational Choice Theory in Sociology: A Survey.
- Nr. 5 (7/99)
Martin Abraham: *The Carrot on the Stick. Individual Job Performance, Internal Status and the Effect of Employee Benefits.*
- Nr. 6 (11/99)
Kerstin Tews: *Umweltpolitik in einer erweiterten EU. Problematische Konsequenzen des einseitigen Rechtsanpassungszwangs am Beispiel der umweltpolitischen Koordination zwischen der EU und Polen.*
- Nr. 7 (1/00)
Martin Abraham & Christian Seyde: *Das Zahlungsverhalten von Auftraggebern: Eine Auswertung der Mittelstandsbefragung der Creditreform e.V. im Frühjahr 1999.*
- Nr. 8 (3/00)
Martin Abraham & Per Kropp: *Die soziale Einbettung von Konsumententscheidungen. Studienbeschreibung und Codebook.*
- Nr. 9 (6/00)
Martin Abraham: *Vertrauen, Macht und soziale Einbettung in wirtschaftlichen Transaktionen: Das Beispiel des Zahlungsverhaltens von Geschäftspartnern.*
- Nr. 10 (7/00)
Martin Abraham & Per Kropp: *Die Bedeutung sozialer Einbettung für Konsumententscheidungen privater Akteure. Bericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.*
- Nr. 11(8/00)
Olaf Struck & Julia Simonson: *Stabilität und De-Stabilität am betrieblichen Arbeitsmarkt: Eine Untersuchung zur betrieblichen Übergangspolitik in west- und ostdeutschen Unternehmen.*
- Nr. 12(8/00)
Jan Skrobánek: Soziale Identifikationstypen? - Anmerkungen zur ganzheitlichen Erfassung der Typik von "Identifikation".
- Nr. 13 (09/00)
Sonja Haug: *Soziales Kapital, Migrationsentscheidungen und Kettenmigrationsprozesse. Das Beispiel der italienischen Migranten in Deutschland.*
- Nr. 14 (11/00)
Roger Berger, Per Kropp & Thomas Voss: *Das Management des EDV-Einkaufs 1999. Codebook.*
- Nr. 15 (12/00)
Olaf Struck: *Continuity and Change. Coping strategies in a time of social change.*
- Nr. 16 (12/00)
Olaf Struck: *Gatekeeping zwischen Individuum, Organisation und Institution. Zur Bedeutung und Analyse von Gatekeeping am Beispiel von Übergängen im Lebensverlauf.*
- Nr. 17 (12/00)
Martin Abraham & Per Kropp: Die institutionelle und soziale Einbettung von Suchprozessen für wirtschaftliche Transaktionen: Das Beispiel der Wohnungssuche.
(S. 415-431 in *Normen und Institutionen: Entstehung und Wirkungen*, herausgegeben von Regina Metze, Kurt Mühler, und Karl-Dieter Opp. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag 2000).
- Nr. 18 (05/01)
Georg Vobruba: *Die offene Armutsfalle. Lebensbewältigung an der Schnittstelle von Arbeitsmarkt und Sozialstaat.*
- Nr. 19 (05/01)
Per Kropp, Christian Seyde & Thomas Voss. *Das Management des EDV-Einkaufs - Soziale Einbettung und Gestaltung wirtschaftlicher Transaktionen. Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Beschaffung informationstechnischer Leistungen und Produkte durch Klein- und Mittelbetriebe. Abschlussbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.*
- Nr. 20 (08/01)
Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 1999/2000.
- Nr. 21 (08/01)
Olaf Struck (Hrsg.): *Berufliche Stabilitäts- und Flexibilitätsorientierungen in Ostdeutschland. Ergebnisse eines Forschungspraktikums.*
- Nr. 22 (11/01)
Per Kropp: *"Mit Arbeit - ohne Arbeit" Erwerbsverläufe seit der Wende. Codebook.*
- Nr. 23 (11/01)
Per Kropp & Kurt Mühler: *"Mit Arbeit - ohne Arbeit" Erwerbsverläufe seit der Wende. Abschlussbericht an die Deutsche Forschungsgemeinschaft.*
- Nr. 24 (11/01)
Regina Metze & Jürgen Schroeckh: *Raumbezogene Identifikation in Low- und High-Cost-Situationen. Zur Systematisierung von Entscheidungskontexten.*
- Nr. 25 (11/01)
Regina Metze & Jürgen Schroeckh: *Kooperationsregeln als Kollektivgut? - Versuch einer kulturalistischen Erklärung regionaler Kooperationsstrukturen.*
- Nr. 26 (04/02)
Sonja Haug, Ulf Liebe & Per Kropp: *Absolvent 2000. Erhebungsbericht und Codebook einer Verbleibsstudie ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie.*
- Nr. 27 (04/02)
Martin Abraham: *Die endogene Stabilisierung von Partnerschaften: Das Beispiel der Unternehmensbesitzer.*
- Nr. 28 (05/02)
Sylke Nissen: *Die Dialektik von Individualisierung und moderner Sozialpolitik: Wie der Sozialstaat die Menschen und die Menschen den Sozialstaat verändern.*
- Nr. 29 (08/02)
Georg Vobruba: *Freiheit und soziale Sicherheit. Autonomiegewinne der Leute im Wohlfahrtsstaat.*
- Nr. 30 (08/02)
Georg Vobruba: *Die sozialpolitische Selbstermöglichung von Politik.*
- Nr. 31 (11/02)
Beer, Manuela, Ulf Liebe, Sonja Haug und Per Kropp: *Ego-zentrierte soziale Netzwerke beim Berufseinstieg. Eine Analyse der Homophilie, Homogenität und Netzwerkdichte ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig.*
- Nr. 32 (12/02)
Haug, Sonja und Per Kropp: *Soziale Netzwerke und der Berufseinstieg von Akademikern. Eine Untersuchung ehemaliger Studierender an der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig.*
- Nr. 33 (01/03)
Andreas Diekmann, Thomas Voss: *Social Norms and Reciprocity.*
- Nr. 34 (03/03)
Martin Abraham. *With a Little Help from my Spouse: The Role of Trust in Family Business.*
- Nr. 35 (04/03)
Ulf Liebe: *Probleme und Konflikte in wirtschaftlichen Transaktionen.*
- Nr. 36 (09/03)
Tätigkeitsbericht des Instituts für Soziologie 2001/2002.
- Nr. 37 (09/03)
Manuela Vieth: *Sanktionen in sozialen Dilemmata. Eine spieltheoretische Untersuchung mit Hilfe eines faktoriellen Online-Surveys.*
- Nr. 38 (10/03)
Christian Marschall: *Die "schlichte Notwendigkeit" privater Altersvorsorge. Zur Wissenssoziologie der deutschen Rentenpolitik.*

Informationen und Bezugsmöglichkeiten:

Dr. Ivar Krumpal, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig,
bzw. <http://www.uni-leipzig.de/~sozio/> > Projekte > Arbeitsberichte

Nr. 39 (10/03)

Per Kropp und Simone Bartsch: *Die soziale Einbettung von Konsumentscheidungen. Studienbeschreibung und Codebook der Erhebung 2003.*

Nr. 40 (01/04)

Manuela Vieth: *Reziprozität im Gefangenendilemma. Eine spieltheoretische Untersuchung mit Hilfe eines faktoriellen Online-Surveys.*

Nr. 41 (01/04)

Oliver Klimt, Matthias Müller und Heiko Rauhut: *Das Verlangen nach Überwachen und Strafen in der Leipziger Bevölkerung.*

Nr. 42 (02.06)

Thilo Fehmel: *Staatshandeln zwischen betrieblicher Beschäftigungssicherung und Tarifautonomie. Die adaptive Transformation der industriellen Beziehungen durch den Staat*

Nr. 43 (07.06)

Christian Seyde: *Beiträge und Sanktionen in Kollektivgutsituationen: Ein faktorieller Survey.*

Nr. 44 (07.06)

Christian Seyde: *Vertrauen und Sanktionen in der Entwicklungszusammenarbeit: Ein faktorieller Survey.*

Nr. 45 (12.06)

Ivar Krumpal und Heiko Rauhut: *Dominieren Bundes- oder Landesparteien die individuellen Landtagswahlentscheidungen in der BRD? Eine quantitative Analyse zum Ausmaß der bundespolitischen Parteipolitikverflechtung bei Landtagswahlen (1996-2000).*

Nr. 46 (12.06)

Heiko Rauhut und Ivar Krumpal: *Ökonomie der Moral. Ein Test der Low - Cost Hypothese zur Durchsetzung sozialer Normen.*

Nr. 47 (01.07)

Roger Berger und Rupert Hammer: *Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten.*

Nr. 48 (12.07)

Stefan Pfau: *Experimentelle Untersuchungen zum sozialen Austausch: Prüfung von Lösungskonzepten der kooperativen Spieltheorie.*

Nr. 54 (12.08)

Roger Berger und Julia Zimmermann: *Das Problem der Transaktionsbewertung bei Internetauktionen: Eine Analyse des Bewertungssystems von eBay Deutschland unter Berücksichtigung der Freitextkommentare.*

Nr. 55 (10.10)

Aline Hämmerling: *Absolventenbericht: Absolventenstudie 2006 des Instituts für Soziologie in Leipzig.*

Nr. 56 (05.11)

Thilo Fehmel: *Unintendierte Annäherung? Theorie und Empirie sozialpolitischer Konvergenz in Europa*

Nr. 57 (11.11)

Jenny Preunkert und Georg Vobruba: *Die Eurokrise. Konsequenzen der defizitären Institutionalisierung der gemeinsamen Währung.*

Informationen und Bezugsmöglichkeiten:

Dr. Ivar Krumpal, Universität Leipzig, Institut für Soziologie, Beethovenstr. 15, 04107 Leipzig, bzw. <http://www.uni-leipzig.de/~sozio/> > Projekte > Arbeitsberichte